

**Offenlegungsbericht der
Verbands-Sparkasse Wesel
zum 31. Dezember 2013**



Offenlegung nach § 26a KWG

und

**Offenlegung nach § 7 Institutsvergütungsverordnung
(Vergütungsbericht)**

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	3
1 Einleitung	4
2 Risikomanagement (§ 322 SolvV)	5
3 Anwendungsbereich (§ 323 SolvV)	5
4 Eigenmittelstruktur (§ 324 SolvV)	6
5 Angemessenheit der Eigenmittel (§ 325 SolvV)	7
6 Adressenausfallrisiko Allgemein (§ 327 SolvV)	9
6.1 Gesamtbetrag der Forderungen nach risikotragenden Instrumenten	9
6.2 Geografische Hauptgebiete nach kreditrisikotragenden Instrumenten	9
6.3 Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten	10
6.4 Vertragliche Restlaufzeiten	10
6.5 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche	11
6.6 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptgebiet	13
6.7 Entwicklung der Risikovorsorge	13
7 Adressenausfallrisiko KSA (§ 328 SolvV)	15
8 Adressenausfallrisiko Beteiligungen (§ 332 SolvV)	16
9 Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334 SolvV)	17
10 Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)	17
11 Marktrisiko (§ 330 SolvV)	17
12 Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene (§ 333 SolvV)	18
13 Operationelles Risiko (§ 331 SolvV)	20
14 Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326 SolvV)	21
15 Vergütungssystem nach § 7 InstitutsVergV (Vergütungsbericht)	22

Abkürzungsverzeichnis

ABS	Asset Backed Securities
BaFin	Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
BP	Basispunkte
EWB	Einzelwertberichtigung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
HGB	Handelsgesetzbuch
InstitutsVergV	Institutsvergütungsverordnung
IRBA	Auf internen Ratings basierender Ansatz (Internal Ratings-Based Approach)
KSA	Kreditrisiko-Standardansatz
KWG	Gesetz über das Kreditwesen (Kreditwesengesetz)
PWB	Pauschalwertberichtigung
SolvV	Solvabilitätsverordnung
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
VaR	Value at Risk

1 Einleitung

Grundlage für die nachfolgende Berichterstattung sind die im Jahre 2004 vom Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht erlassenen aufsichtsrechtlichen Regelungen zur angemessenen Eigenkapitalausstattung international tätiger Banken. Das Grundkonzept der derzeit gültigen Eigenkapitalvereinbarung („Basel II“) besteht aus drei sich ergänzenden Säulen, mit dem Ziel, die Stabilität des nationalen und des internationalen Bankensystems besser abzusichern.

Mit der dritten Säule verfolgt die Aufsicht das Ziel, die Marktdisziplin zu erhöhen, indem Marktteilnehmern Informationen über den Anwendungsumfang, das Kapital, das Risiko, den Risikoanalyseprozess und somit die Kapitaladäquanz einer Bank zugänglich gemacht werden. Die dritte Säule ergänzt die Mindesteigenkapitalanforderungen (erste Säule) und das Überprüfungsverfahren der Bankenaufsicht (zweite Säule).

In Deutschland wurden die erweiterten Offenlegungsanforderungen der dritten Säule zum 1. Januar 2007 mit dem neuen § 26a KWG und der Einführung der Solvabilitätsverordnung (SolvV) in nationales Recht umgesetzt. Sie ersetzt den bisherigen Grundsatz I und konkretisiert die in § 10 KWG geforderte Angemessenheit der Eigenmittel der Institute. Übergangsweise hatten die Institute bis Ende 2007 die Möglichkeit, ihre Eigenkapitalanforderungen vollumfänglich weiterhin auf Basis der bisherigen Regelungen zu berechnen. Auf Grund der nationalen Umsetzung der neuen Offenlegungsanforderungen der CRD II wurden mit Wirkung vom 31. Dezember 2010 in den Bereichen Eigenkapital (§ 324 SolvV), Marktrisiko/eigene Modelle (§ 330 SolvV) sowie Kreditrisikominderungs-techniken/IRBA (§ 336 SolvV) Anpassungen erforderlich. Darüber hinaus wurden zentrale Aspekte der im September 2010 erarbeiteten „Leitlinien Offenlegung“ der deutschen Bankenaufsicht aufgenommen.

In Kapitel 15 werden Informationen zu Vergütungssystemen (§ 7 InstitutsVergV) dargestellt.

2 Risikomanagement (§ 322 SolvV)

Qualitative Angaben

- Die Informationen zum Risikomanagement sind im Lagebericht nach § 289 HGB unter Gliederungspunkt Risikoberichterstattung offengelegt.

3 Anwendungsbereich (§ 323 SolvV)

Qualitative Angaben

- Die Offenlegung gem. SolvV erfolgt auf Einzelinstitutsebene.

4 Eigenmittelstruktur (§ 324 SolvV)

Qualitative Angaben

- Das modifizierte verfügbare Eigenkapital der Sparkasse besteht ausschließlich aus Kernkapital.
- Das Kernkapital besteht aus der Sicherheitsrücklage, dem Sonderposten nach § 340g HGB, den Abzugspositionen nach § 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 2 KWG und den Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG.
- Nachrangige Verbindlichkeiten und Genussrechtskapital hat die Verbands-Sparkasse Wesel nicht aufgenommen
- Drittrangmittel bestanden im Berichtsjahr nicht

Quantitative Angaben

	Stichtag TEUR *
Gesamtbetrag Kernkapital nach § 10 Abs. 2a KWG	124.320
dar.: offene Rücklagen	70.909
dar.: Sonderposten für allgemeine Bankrisiken nach § 340 g HGB	53.500
dar.: Abzugspositionen nach § 10 Abs. 2a Satz 2 Nr. 2 KWG	54
dar.: Abzugspositionen nach § 10 Abs. 6 Satz 1 Nr. 1 KWG	35
nachrichtlich: Summe der Abzugspositionen gemäß § 10 Abs. 6 und 6a KWG	35
Gesamtbetrag des modifizierten verfügbaren Eigenkapitals nach § 10 Abs. 1d Satz 1 KWG und der anrechenbaren Drittrangmittel nach § 10 Abs. 2c KWG	124.320

* Die angegebenen Werte entsprechen den Daten des Meldewesens zum 31.12.2013

5 Angemessenheit der Eigenmittel (§ 325 SolvV)

Qualitative Angaben

- Die Angemessenheit der Eigenmittel der Sparkasse richtet sich nach den Vorschriften der Solvabilitätsverordnung.
- Die Unterlegung des Adressenausfallrisikos erfolgt nach der Methodik des Kreditrisikostandardansatzes. Für sämtliche Marktrisiken werden die aufsichtsrechtlichen Standardmethoden angewendet. Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt.
- Für die interne Risikosicht hat die Sparkasse Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- sowie operationelle Risiken als wesentliche Risiken identifiziert.
- Für das Management der Liquiditätsrisiken verfügt die Sparkasse über ein internes Liquiditätsmanagementsystem, das Zahlungsverpflichtungen und die dafür vorhandenen Zahlungsmittel betrachtet und dabei auch Stressszenarien berücksichtigt. Somit ist die jederzeitige Zahlungsfähigkeit der Sparkasse gesichert.
- Die Sparkasse nimmt das Management der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor.
- Die Berücksichtigung des operationellen Risikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt auf Basis langjähriger Erfahrungswerte (periodische Betrachtung) und unter Berücksichtigung des gemäß Basisindikatoransatz ermittelten Volumens (ökonomische Betrachtung).
- Der Vorstand legt im Rahmen der Risikostrategie / Risikotragfähigkeitskonzeption die Komponenten sowie die Höhe der Risikodeckungsmasse fest, die zur Abschirmung der Risiken dient. Die Berechnung der Auslastungsbeträge der Risikotragfähigkeit für die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken erfolgt quartalsweise unter Berücksichtigung des aufgelaufenen sowie des erwarteten Risikos, wobei auch die von der Sparkasse prognostizierte Zins- und Konjunktorentwicklung einfließen. Dabei werden sowohl erwartete als auch Stressszenarien berücksichtigt. Auf diese Weise stellt die Sparkasse sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.

Quantitative Angaben

Kapitalanforderungen

§ 325 Abs. 2, Nr. 1 - 4 SolvV - Eigenkapitalanforderung	
Kreditrisiken	Betrag in Tsd. €
Standardansatz	
• Zentralregierungen	0
• Regionalregierungen und örtliche Gebietskörperschaften	0
• Sonstige öffentliche Stellen	179
• Multilaterale Entwicklungsbanken	0
• Internationale Organisationen	0
• Institute	1.286
• Von KI emittierte und gedeckte Schuldverschreibungen	241
• Unternehmen	31.853
• Mengengeschäft	25.835
• Durch Immobilien besicherte Positionen	13.150
• Investmentanteile	4.902
• Sonstige Positionen	1.622
• Überfällige Positionen	1.890
• Verbriefungen	0
Risiken aus Beteiligungswerten	
Beteiligungswerte im Standardansatz	2.308
Operationelle Risiken	
Operationelle Risiken gemäß Basisindikatoransatz	7.013
Gesamt	90.279

Kapitalquoten

§ 325 Abs. 2, Nr. 5 SolvV - Gesamt- und Kernkapitalquote		
	Gesamtkapitalquote	Kernkapitalquote
	in %	in %
Verbands-Sparkasse Wesel	11,02	11,02

6 Adressenausfallrisiko Allgemein (§ 327 SolvV)

Die nachfolgenden Übersichten enthalten den Gesamtbetrag der Forderungen, jeweils aufgeschlüsselt nach den verschiedenen Forderungsarten zum Offenlegungstichtag.

Die bilanziellen und außerbilanziellen Geschäfte werden jeweils mit ihren Buchwerten vor Kreditrisikominderung ausgewiesen, die derivativen Instrumente mit ihren Kreditäquivalenzbeträgen.

a) Quantitative Anforderungen

6.1 Gesamtbetrag der Forderungen nach risikotragenden Instrumenten

- Da die Beträge am Offenlegungstichtag nicht wesentlich von den Durchschnittsbeständen abweichen, wird auf eine Darstellung der Durchschnittsbeträge verzichtet.

§ 327 Abs. 2, Nr. 1 SolvV - Gesamtbetrag der Forderungen gem. § 19 Abs. 1 KWG				
	Kredite, Zusagen und andere nicht- derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente	Gesamt
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Bruttokreditvolumen	1.755.486	212.596	23.514	1.991.596

6.2 Geografische Hauptgebiete nach kreditrisikotragenden Instrumenten

§ 327 Abs. 2, Nr. 2 SolvV - Forderungen, aufgegliedert nach geografischen Gebieten				
	Kredite, Zusagen und andere nicht- derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente	Gesamt
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Deutschland	1.734.923	180.250	23.514	1.938.687
EWR (ohne Deutschland)	18.323	32.346	0	50.669
Sonstige	2.240	0	0	2.240

6.3 Hauptbranchen nach kreditrisikotragenden Instrumenten

§ 327 Abs. 2, Nr. 3 SolvV - Forderungen, aufgegliedert nach Branchen			
	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Finanzinstrumente
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Banken	160.406	119.250	19.393
Investmentfonds	-,-	88.331	-,-
Öffentliche Haushalte	14.010	5.015	-,-
Privatpersonen	851.395	-,-	1.524
Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen	687.195	-,-	2.597
davon:			
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	28.066	-,-	148
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	46.797	-,-	78
Verarbeitendes Gewerbe	64.191	-,-	-,-
Baugewerbe	73.820	-,-	-,-
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	86.925	-,-	20
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	10.097	-,-	-,-
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	56.089	-,-	-,-
Grundstücks- und Wohnungswesen	142.312	-,-	905
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	178.898	-,-	1.446
Organisationen ohne Erwerbszweck	4.947	-,-	-,-
Sonstige	37.533	-,-	-,-
Gesamt	1.755.486	212.596	23.514

6.4 Vertragliche Restlaufzeiten

§ 327 Abs. 2, Nr. 4 SolvV - Forderungen, aufgegliedert nach vertraglicher Restlaufzeit			
Restlaufzeiten	Kredite, Zusagen und andere nicht-derivative außerbilanzielle Aktiva	Wertpapiere	Derivative Instrumente
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
< 1 Jahr	474.083	76.149	900
1 Jahr bis 5 Jahre	155.565	13.131	2.700
> 5 Jahre bis unbefristet	1.125.838	123.316	19.914
Gesamt	1.755.486	212.596	23.514

6.5 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptbranche

Definition „in Verzug“ und „notleidend“ (§ 327 Abs. 1 Nr. 1 SolvV):

- Für die Sparkasse gilt ein Engagement ab dem ersten Tag einer Limitüberziehung als „überzogen“. Ein Ausfall liegt ab einem Zahlungsverzug von mehr als 90 Tagen vor.
- Forderungen werden im Rahmen der SolvV als „in Verzug“ klassifiziert, wenn diese mehr als 90 aufeinanderfolgende Tage überfällig sind. Der Verzug wird bei der Sparkasse dabei kontenbezogen (§ 26 Abs. 16 SolvV) ermittelt.
- Die Einstufung von Forderungen als „notleidend“ orientiert sich an den Kriterien zur Bildung von Risikovorsorge.

§ 327 Abs. 2, Nr. 5 a SolvV - Risikovorsorge, aufgegliedert nach Branchen				
Hauptbranchen	Gesamtanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten (mit Wertberichtigungsbedarf)	Bestand EWB	Bestand PWB (eine Aufteilung nach Branchen ist hier nicht möglich)	Bestand Rückstellungen
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Banken	-,-	-,-	-,-	-,-
Investmentfonds	-,-	-,-	-,-	-,-
Öffentliche Haushalte	-,-	-,-	-,-	-,-
Privatpersonen	27.901	11.766	-,-	44
Unternehmen und wirtschaftliche selbstständige Privatpersonen	34.869	19.082	-,-	740
davon:				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei und Aquakultur	139	226	-,-	8
Energie- und Wasserversorgung, Entsorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	1.088	801	-,-	-,-
Verarbeitendes Gewerbe	2.595	1.243	-,-	52
Baugewerbe	5.695	2.994	-,-	399
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	3.212	3.249	-,-	40
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenübermittlung	1.150	385	-,-	-,-
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	301	266	-,-	7
Grundstücks- und Wohnungswesen	6.678	2.239	-,-	4
Sonstiges Dienstleistungsgewerbe	14.011	7.679	-,-	230
Organisationen ohne Erwerbszweck	67	64	-,-	-,-
Pauschalierte EWB	-,-	211	-,-	-,-
Gesamt	62.837	31.123	2.398	784

§ 327 Abs. 2, Nr. 5 b SolvV - Veränderung der Risikovorsorge, aufgegliedert nach Branchen				
Hauptbranchen	Nettozuführung (+)/ Auflösung (-) von EWB/PWB/Rück- stellungen	Direkt- abschreibung *	Eingänge auf abgeschrie- bene Forderun- gen *	Kredite in Verzug (ohne Wertberichti- gungsbedarf)
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Banken	-,-	-,-	-,-	-,-
Investmentfonds (inkl. Geldmarktfonds)	-,-	-,-	-,-	-,-
Öffentliche Haushalte	-,-	-,-	-,-	-,-
Privatpersonen	2.814			7.343
Unternehmen und wirt- schaftliche selbststän- dige Privatpersonen	4.858	-,-	-,-	5.495
davon:				
Land- und Forstwirt- schaft, Fischerei und Aquakultur	153	-,-	-,-	46
Energie- und Wasser- versorgung, Ent- sorgung, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	20	-,-	-,-	-,-
Verarbeitendes Gewerbe	518	-,-	-,-	1.000
Baugewerbe	624	-,-	-,-	702
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen	369	-,-	-,-	480
Verkehr und Lagerei, Nachrichtenüber- mittlung	-9	-,-	-,-	98
Finanz- und Versicherungsdienst- leistungen	177	-,-	-,-	23
Grundstücks- und Wohnungswesen	2.203	-,-	-,-	1.126
Sonstiges Dienst- leistungsgewerbe	803	-,-	-,-	2.020
Organisationen ohne Erwerbszweck	-1	-,-	-,-	1
Pauschalierte EWB	36	-,-	-,-	-,-
PWB	-412	-,-	-,-	-,-
Gesamt	7.295	341	281	12.839

* Eine Aufteilung nach Branchen ist hier nicht möglich

6.6 Notleidende und in Verzug geratene Kredite je Hauptgebiet

§ 327 Abs. 2, Nr. 5 SolvV - Risikovorsorge, aufgegliedert nach geografischen Gebieten					
Geografische Hauptgebiete	Gesamtanspruchnahme aus notleidenden und in Verzug geratenen Krediten (mit Wertberichtigungsbedarf)	Bestand EWB	Bestand PWB *	Bestand Rückstellungen	Kredite in Verzug (ohne Wertberichtigungsbedarf)
	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €	in Tsd. €
Deutschland	62.274	30.826	-,-	784	12.839
EWR (ohne Deutschland)	373	203	-,-	0	0
Sonstige	190	94	-,-	0	0
Gesamt	62.837	31.123	2.398	784	12.839

* Eine Aufteilung nach Regionen ist hier nicht möglich

6.7 Entwicklung der Risikovorsorge

Bildung der Risikovorsorge (§ 327 Abs. 1 Nr. 2 SolvV):

Die Sparkasse verfügt über Steuerungsinstrumente, um frühzeitig Adressenausfallrisiken bei Kreditengagements zu erkennen, zu steuern, zu bewerten und im Jahresabschluss durch Risikovorsorge (Einzelwertberichtigungen, Rückstellungen) abzuschirmen.

Hinsichtlich der handelsrechtlichen Bewertung verweisen wir auf die Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss vom 31. Dezember 2013 und auf den Risikobericht im Lagebericht.

Die Kreditengagements werden regelmäßig dahingehend überprüft, ob Risikovorsorgebedarf besteht. Soweit uns Informationen vorliegen, die auf eine Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse hinweisen, erfolgt eine außerordentliche Überprüfung. Die Höhe der im Einzelfall zu bildenden Risikovorsorge orientiert sich zum einen an der Wahrscheinlichkeit, mit der der Kreditnehmer seinen vertraglichen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Basis hierfür ist die Beurteilung der wirtschaftlichen Verhältnisse und das Zahlungsverhalten des Kunden.

Darüber hinaus erfolgt eine Bewertung der Sicherheiten mit ihrem wahrscheinlichen Realisationswert, um einschätzen zu können, welche Zahlungen nach Eintritt von Leistungsstörungen noch erwartet werden.

Die Wertberichtigungen, Rückstellungen und Direktabschreibungen werden per Antrag kompetenzgerecht entschieden. Es erfolgt eine regelmäßige Überprüfung der Angemessenheit und ggf. daraus resultierende Anpassungen. Bei nachhaltiger Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Kreditnehmers, die eine Kapitaldienstfähigkeit erkennen lassen oder bei einer zweifelsfreien Kreditrückführung aus vorhandenen Sicherheiten, erfolgt eine Auflösung der Risikovorsorge.

Die Erfassung, Fortschreibung und Auflösung der Risikovorsorge erfolgt bei der Sparkasse in einem zentralen System.

Für latente Ausfallrisiken bildet die Sparkasse Pauschalwertberichtigungen.

In den Arbeitsanweisungen sind die Berechnungsweisen sowie die Prozesse zur Genehmigung der Risikovorsorgen geregelt.

§ 327 Abs. 2, Nr. 6 SolvV - Entwicklung der Risikovorsorge				
	EWB	PWB	Rückstellungen	Gesamt
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Anfangsbestand der Periode	27.480	2.810	381	30.671
Bildung	10.193	0	470	10.663
Auflösung	2.771	412	66	3.249
Verbrauch	3.779	0	1	3.780
wechsellkursbedingte und sonstige Veränderungen	0	0	0	0
Endbestand	31.123	2.398	784	34.305

7 Adressenausfallrisiko KSA (§ 328 SolvV)

Nachfolgende Tabelle beinhaltet die jeweilige Summe der Positionswerte, die einem festen aufsichtsrechtlichen Risikogewicht zugeordnet sind. Dabei erfolgt die Darstellung der Positionswerte vor und nach Einbeziehung von Kreditrisikominderungseffekten aus Sicherheiten.

§ 328 Abs. 2 SolvV - Gesamtsumme der ausstehenden Forderungsbeträge			
Standardansatz			
Risikogewicht in %	vor Kreditrisikominimierung		nach Kreditrisikominimierung
	Betrag in Tsd. €		Betrag in Tsd. €
0	260.085		260.085
10	39.936		39.936
20	38.992		38.992
35	469.642		469.642
50	460		460
75	496.168		496.168
100	477.960		477.960
150	10.745		10.745

Nominierte Agentur (§ 328 Abs. 1 Nr. 1 SolvV):

Die Sparkasse ermittelt die Eigenkapitalanforderungen im Kreditrisiko-Standardansatz der Forderungsklassen "Zentralregierungen", "Regionalregierungen", "sonstige öffentliche Stellen", "Institute", "von Kreditinstituten emittierte gedeckte Schuldverschreibungen", "multilaterale Entwicklungsbanken", "Unternehmen", "KSA-Verbriefungspositionen" anhand der Bonitätsbeurteilungen der Ratingagenturen Standard & Poor's Rating Services und Moody's Investors Service.

Prozessbeschreibung Ratingübertragung (§ 328 Abs. 1 Nr. 3 SolvV):

Grundsätzlich wird jeder Emission ein externes Rating zugeordnet. Existiert für eine Forderung kein Emissionsrating, wird geprüft, ob das Rating anderer Emissionen des Schuldners gem. § 45 SolvV auf die Forderung übertragen werden kann. Ist dies nicht möglich, wird auf ein ggf. vorhandenes externes Rating des Schuldners abgestellt (Emittentenrating). Ansonsten werden die Forderungen im Rahmen der Eigenmittelanforderungen mit den vorgegebenen Anrechnungssätzen berücksichtigt. Die beschriebene Verfahrensweise wird programmtechnisch unterstützt.

8 Adressenausfallrisiko Beteiligungen (§ 332 SolvV)

Die Beteiligungen der Verbands-Sparkasse Wesel werden in Strategische Beteiligungen, Funktions- und Kapitalbeteiligungen eingeteilt. Eine Zuordnung der einzelnen Beteiligungen ist der beigefügten Tabelle zu entnehmen.

Die Beteiligungen der Sparkasse, sowohl direkte als auch indirekte Beteiligungen, wurden aufgrund langfristiger strategischer Überlegungen eingegangen, um im Wesentlichen den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe zu stärken und eine Zusammenarbeit mit den einzelnen Institutionen in der Region zu ermöglichen. Sie dienen letztlich der Erfüllung des öffentlichen Auftrages durch den Gesetzgeber sowie der Förderung des Sparkassenwesens. Eine Gewinnerzielung steht somit nicht im Vordergrund.

Die hier ausgewiesenen Positionen entsprechen der Zuordnung der Forderungskategorie Beteiligungen nach der Solvabilitätsverordnung. Die Beteiligungen werden nach rechnungsspezifischen Kriterien gemäß HGB bewertet. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten gem. HGB, dauerhafte Wertminderungen werden abgeschrieben und Zuschreibungen sind bis zur Höhe der Anschaffungskosten möglich. Der Buchwert und der Zeitwert der Beteiligungen entsprechen einander. Sämtliche Beteiligungen der Verbands-Sparkasse Wesel sind nicht börsennotiert.

Eine aktive, nennenswerte Ausweitung des Beteiligungsgeschäfts ist nach der Risikostrategie nicht vorgesehen.

§ 332 Nr. 2 a und b SolvV - Beteiligungen im Anlagebuch			
Beteiligungsgruppe	Vergleich		
	Strategische Beteiligung	Funktionsbeteiligung	Kapitalbeteiligung
	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €	Betrag in Tsd. €
Buchwert	2.112	15.362	789

Weiterhin sind handelsrechtlich Angaben zu Zeit-/Börsenwerten und den unrealisierten Neubewertungsreserven nur dann erforderlich, wenn eine Bewertung nach dem gemilderten Niederstwert erfolgt (§ 285 Satz 1 Nr. 19 HGB) bzw. wenn unrealisierte Neubewertungsreserven dem haftenden Eigenkapital zugerechnet werden (§ 340 c Abs. 3 HGB). Die Verbands-Sparkasse Wesel macht von diesen Möglichkeiten keinen Gebrauch. In Übereinstimmung mit den handelsrechtlichen Offenlegungspflichten wird daher mit Verweis auf § 26a Abs. 2 KWG auf Angaben zu den Zeit-/Börsenwerten und den unrealisierten Neubewertungsreserven und-verlusten verzichtet.

9 Adressenausfallrisiko Verbriefungen (§ 334 SolvV)

- Die Verbands-Sparkasse Wesel ist im Rahmen von Verbriefungen als Investor aufgetreten. Die sich derzeit noch im Direktbestand befindliche ABS ist allerdings in voller Höhe wertberichtigt.

10 Kreditrisikominderungstechniken (§ 336 SolvV)

Qualitative Angaben

Kreditrisikominderungstechniken werden nicht verwendet.

Die Sparkasse nutzt allerdings zur Absicherung von privaten Immobilienfinanzierungen Grundpfandrechte als wesentliches Instrument zur Minimierung der mit dem Kreditgeschäft verbundenen Risiken. Die privilegierten Grundpfandrechte werden im Kreditrisikostandardansatz (KSA) in der Position „Durch Immobilien besichert“ berücksichtigt und daher nicht als Kreditrisikominderungstechnik nach der Solvabilitätsverordnung behandelt. Es erfolgt eine vorsichtige Bewertung der verwendeten berücksichtigungsfähigen Sicherheiten nach den jeweils gültigen Beleihungsgrundsätzen. Die Hereinnahme, Bewertung und Überprüfung von Kreditsicherheiten sind in den entsprechenden Arbeitsanweisungen, Kompetenzregelungen und Vorstandsbeschlüssen der Sparkasse geregelt.

11 Marktrisiko (§ 330 SolvV)

Die SolvV verlangt, abgesehen von den Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken, lediglich die Offenlegung der Marktrisiken für Positionen des Handelsbuches. Dieses ist für die Sparkasse nicht relevant. Fremdwährungs- und Warenpositionsrisiken lagen zum Bilanzstichtag nicht vor.

12 Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene (§ 333 SolvV)

Zur Identifizierung, Beurteilung, Steuerung und Überwachung der ZÄR stehen der Verbands-Sparkasse Wesel folgende Verfahren zur Verfügung:

a) GuV - orientiert

∅ Es erfolgen insbesondere Simulationen von Rentabilitäts- und Bilanzstrukturszenarien, wobei jeweils mindestens die vier Zinsszenarien

- § erwartete Zinskurve (Basisszenario)
- § Zinsanstiegsszenario (high)
- § Zinssenkungsszenario (low)
- § steile Zinskurve

entwickelt und deren Auswirkungen auf den Zinsüberschuss dargestellt werden, so dass frühzeitig Steuerungsmaßnahmen zur Begrenzung von Zinsänderungsrisiken bzw. zur Nutzung von Zinsänderungschancen in Betracht gezogen werden können. Die Standardszenarien werden ergänzt durch folgende weitere Zinsszenarien :

- § flachere Zinskurve
- § konstante Zinskurve
- § inverse Zinskurve

- ∅ Die Berechnungen werden vierteljährlich zum Quartalsende durchgeführt. Dabei wird das Elastizitätskonzept verwendet. Zinsanpassungen erfolgen gemäß den im Parameterbeschluss beschlossenen Zinsanpassungselastizitäten, unbefristete Einlagen werden mit den ebenfalls beschlossenen Ablauffiktionen berechnet.
- ∅ Das Zinsspannenrisiko wird innerhalb der ebenfalls vierteljährlich durchzuführenden Risikotragfähigkeitsrechnung als Differenz zwischen dem Zinsergebnis unter dem Planszenario und dem vom Vorstand festgelegten Risikoszenario gemessen.
- ∅ Bei allen Berechnungen sind für Produkte im Einlagen- und Kreditgeschäft, die mit vertraglich vereinbarten Sondertilgungsrechten ausgestattet sind, die gemäß Parameterbeschluss gültigen Annahmen zu vorzeitigen Verfügungen

hinterlegt. Diese werden einmal jährlich anhand der tatsächlich vorgenommenen vorzeitigen Verfügungen / Tilgungen ausgewertet.

b) wertorientiert

- ∅ Da die ausschließliche Steuerung der Zinsspanne keine ausreichenden Informationen über die aus Zinspositionen entstehenden Risiken bzw. die sich hierin verbergenden Performancepotenziale liefert, hat die Verbands-Sparkasse Wesel ein Steuerungskonzept implementiert, das neben der Steuerung der Zinsspanne die wertorientierte Steuerung von Zinspositionen, also die Steuerung der Transformationsperformance beinhaltet.
- ∅ Das Risiko wird als Betrag in Euro (VaR) sowie über den Begriff des Zinsbuchhebels angegeben. Zur Bestimmung des barwertigen Risikos wird das Modell der (modernen) historischen Simulation (Konfidenzniveau 99%; Haltedauer 250 Tage) verwandt.
- ∅ Die Verbands-Sparkasse Wesel setzt grundsätzlich für die gesamtbankbezogene Zinsbuchsteuerung eine benchmarkorientierte Strategie mit Abweichungslimiten um. Das heißt, es wird eine für die Ausgestaltung der Fristentransformationsposition zentrale Sollstruktur (= Benchmark) vorgegeben. Mit der Wahl einer derartigen Benchmark ist ein bestimmtes (optimales) Verhältnis von Ertrags- und Risikogrößen verbunden.
- ∅ Die Ermittlung des wertorientierten Zinsänderungsrisikos erfolgt monatlich.
- ∅ Für Positionen mit unbestimmter Kapitalbindung wie Sichteinlagen oder variable Spareinlagen wurden Mischungsverhältnisse ermittelt und in das Programm eingestellt. Bei Produkten im Einlagen- und Kreditgeschäft, die mit vertraglich vereinbarten Sondertilgungsrechten ausgestattet sind, untersucht die Sparkasse die tatsächlich vorgenommenen vorzeitigen Verfügungen / Tilgungen und lässt die Ergebnisse dieser Untersuchungen in die Berechnungen einfließen.

§ 333 SolvV - Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch

	Zinsschock +200 BP	Zinsschock -200 BP
	in Mio. €	in Mio. €
Wertveränderung	- 19,2	+ 15,9

13 Operationelles Risiko (§ 331 SolvV)

Operationelle Risiken werden als die Gefahr von Schäden definiert, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Mitarbeitern, der internen Infrastruktur oder infolge externer Einflüsse eintreten.

- Die Unterlegung des Adressenausfallrisikos erfolgt nach der Methodik des Kreditrisikostandardansatzes. Der Unterlegungsbetrag für das operationelle Risiko wird nach dem Basisindikatoransatz ermittelt.
- Für die interne Risikosicht hat die Sparkasse Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- sowie operationelle Risiken als wesentliche Risiken identifiziert.
- Die Sparkasse nimmt das Management der Adressenausfall- und der Marktpreisrisiken sowie der operationellen Risiken auf Basis einer Risikotragfähigkeitsbetrachtung vor.
- Der Vorstand legt im Rahmen der Risikostrategie/Risikotragfähigkeitskonzeption die Komponenten sowie die Höhe der Risikodeckungsmasse fest, die zur Abschirmung der Risiken dient. Die Berechnung der Auslastungsbeträge der Risikotragfähigkeit für die Adressenausfall- und Marktpreisrisiken erfolgt quartalsweise unter Berücksichtigung des aufgelaufenen sowie des erwarteten Risikos, wobei auch die von der Sparkasse prognostizierte Zins- und Konjunkturentwicklung einfließen. Auf diese Weise stellt die Sparkasse sicher, dass zur Abschirmung der potentiellen Risiken jederzeit ausreichendes Eigenkapital vorhanden ist.
- Die Berücksichtigung des operationellen Risikos im Rahmen der Risikotragfähigkeitsbetrachtung erfolgt auf Basis langjähriger Erfahrungswerte (periodische Betrachtung) bzw. unter Berücksichtigung des gemäß Basisindikatoransatz ermittelten Volumens (ökonomische Betrachtung).

14 Derivative Adressenausfallrisiko- und Aufrechnungspositionen (§ 326 SolvV)

Qualitative Angaben

Die Sparkasse geht im Wesentlichen derivative Finanzgeschäfte zur Aktiv-Passiv-Steuerung des allgemeinen Zinsänderungsrisikos (Macro Hedge) ein. Kundenderivate werden ausschließlich im Botenverfahren abgewickelt.

Die Sparkasse verwendet für die Ermittlung der Eigenmittelanforderungen im Rahmen der Solvabilitätsverordnung die Laufzeitmethode.

Bei der Ermittlung der Obergrenze für Kredite an Kontrahenten rechnet die Verbands-Sparkasse Wesel den Marktwert der Derivate (Clean Price nach Barwertmethode) auf das jeweilige Kontrahentenlimit an. Grundsätzlich werden nur Geschäfte mit Kontrahenten abgeschlossen, die eine gute Bonität aufweisen.

Für die Bilanzierung und Bewertung der derivativen Finanzinstrumente gelten die allgemeinen Grundsätze des HGB.

Da Geschäfte nur mit der zuständigen Landesbank (Helaba), der Deka sowie der LBB abgeschlossen werden und aufgrund verbundweiter Sicherungssysteme, bestehen bei der Sparkasse keinerlei Verträge, die die Sparkasse zur Leistung von Sicherheiten bzw. zum Nachschuss von Sicherheiten verpflichten.

Quantitative Angaben

Die Sparkasse hat im Rahmen der Steuerung von Zinsänderungsrisiken Termingeschäfte als Deckungsgeschäfte abgeschlossen. Hierbei handelt es sich um Zinsswaps und Zins-Floors. Positive Zeitwerte bestehen zum 31.12.2013 in Höhe von 0,2 Mio. EUR bei den Zins-Floors. Soweit die maximale Zinsbindungsdauer vergleichbar mit der entsprechenden Zinsbindungsdauer der Kunden- und Eigenanlagen ist, wurden sie in die Betrachtung des gesamten Zinsänderungsrisikos einbezogen. Geschäfte, deren Zinsbindungsdauer in Einzelfällen darüber hinaus gehen, haben wir zu diesem Zweck aufgeteilt und den nicht in das Zinsbuch einbezogenen Teil einzeln bewertet, und soweit notwendig, eine unter Passiva 7 der Bilanz ausgewiesene Rückstellung gebildet.

	Laufzeitmethode 31.12.2013
Kontrahentenausfallrisikoposition	23,5 Mio. EUR

15 Vergütungssystem nach § 7 InstitutsVergV (Vergütungsbericht)

I. Qualitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 InstitutsVergV

Allgemeine Angaben zum Vergütungssystem

Die Verbands-Sparkasse Wesel ist tarifgebunden. Aus diesem Grund finden auf die Arbeitsverhältnisse der Sparkassenbeschäftigten die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dessen Besonderen Teil Sparkassen (TVöD-S) Anwendung. Die Anstellungsbedingungen des Sparkassenvorstands richten sich gem. § 19 Abs. 2 Sparkassengesetz NW nach den Empfehlungen der nordrhein-westfälischen Sparkassen- und Giroverbände in der Fassung vom 18. September 1996.

Geschäftsbereiche

Unter dem Grundsatz der Wesentlichkeit und aufgrund der Einstufung als kein „bedeutendes Institut“ im Sinne des § 1 Abs. 2 InstitutsVergVO wird auf eine Aufteilung nach Geschäftsbereichen verzichtet.

Ausgestaltung des Vergütungssystems

Die Beschäftigten der Sparkasse erhalten grundsätzlich eine Vergütung nach den Regelungen des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) und dessen Besonderen Teil Sparkassen (TVöD-S). Acht Mitarbeiter/innen aus nicht risikorelevanten Bereichen erhielten im Berichtszeitraum eine individuelle variable Vergütung ergänzend zu ihrem Tarifgehalt. Die Auszahlungsquote richtete sich nach dem Gesamtzielerreichungsgrad der Bereiche. Diese individuelle Vereinbarung stellte somit keine signifikante Abhängigkeit von der variablen Vergütung dar. Der variable Anteil betrug im Berichtszeitraum bei o.g. Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen max. 37 %. Der Durchschnitt der variablen Anteile lag bei 25 %. Bei einem erfolgreichen Geschäftsjahr behält sich der Vorstand vor, an leistungsstarke Mitarbeiter/innen ein Budget in unbestimmter Höhe diskretionär zu verteilen.

Vorstandsvergütung

Die Vergütung der Vorstandsmitglieder der Sparkasse besteht aus einer Festvergütung und einer allgemeinen Zulage. Eine vom Verwaltungsrat zu beschließende variable Zulage sowie Zulagen für Vertriebsleistungen zugunsten der Verbundunternehmen sind in 2013 nicht vereinbart. Zusätzlich wird dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorstandsmitglied jeweils ein Dienstwagen bereitgestellt. Gleiches gilt seit Mitte des Jahres 2013 für zwei weitere Abteilungsleiter.

Einbindung externer Berater

Eine Einbindung externer Berater bei der Ausgestaltung des Vergütungssystems ist nicht erfolgt.

II. Quantitative Angaben gemäß § 7 Abs. 2 Satz 1 Nr. 2 InstitutsVergV

Im Jahr 2013 betrug der Personalaufwand 14.169 TEUR. Darin waren im Berichtszeitraum 1,17 % variable Vergütungen enthalten, die keine signifikante Abhängigkeit von der variablen Vergütung darstellen.